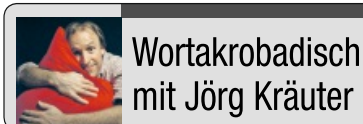


Amtisch

Liebe Leser, ich meine nicht „am Tisch“. Des Badeners Lebensmittel-Punkt. Ich schreibe heute über die Verwaltungssprache „Amtisch“. Alte Sprachen sterben aus, neue kommen hinzu, „Amtisch“ hält sich eisern. „Amtisch“ orientiert sich an der Deutschen Sprache, ist jedoch eigenständig. Die Befähigung, Deutsch schreiben und sprechen zu können, reicht nicht aus, um sich in „Amtisch“ zu verständigen. „Amtisch“ wird mit viel Liebe zum Detail gepflegt und neigt zu barocker Lautbildung. So erfreue ich mich immer wieder an den amtlichen Bekanntmachungen, die über die Presse auf mein neugieriges Auge treffen.

Besonders eine kleine Zeitungsmeldung hat es mir angetan. Es wurde über den Auftrag der Stadtverwaltung zur Dokumentierung des Bühler ... – ja und hier treffen wir auf den ersten



Wortakrobatisch mit Jörg Kräuter

Ausdruck jener Sprache – ... „Straßenraums“ geschrieben. Dieser wird in einer „fotografischen Straßenraumdokumentation“ festgehalten, („ohne die Veröffentlichung personenbezogener Bilddaten“).

Als ob wir mit dem Wortwurm „Straßenraumdokumentation“ nicht schon genug gepeinigt wären, wird noch ein „Mobile Mapping“ hinterher geschoben. Ein „signalisiertes Befahrungsfahrzeug“ befährt also den „Straßenraum“, um sich unter anderem ein Bild zu machen über das „Straßenbegleitgrün“. Letzteres eine begnadete, ja ornamentale Wortschöpfung. Das Beste zum Schluss: „... Verwaltung bittet, einen reibungslosen Ablauf der Straßenraumdokumentation im Begegnungsfall zu gewährleisten“. Soll heißen: Wenn ich mit mei'm Fahrrad im „Straßenbegleitgrün“ lieg', weil mich des „signalisierte Befahrungsfahrzeug (Mobile Mapping Car)“ über de Haufe g'fahre hat („Begegnungsfall“), na werde ich net fotografiert. Eigentlich schad! Ich seh' mich so gern in de Zeitung.

Marihuana im Tabaksbeutel

Bühl (red). Mit Absicht verloren? Dieser Eindruck drängte sich den Polizeibeamten auf, die am Dienstag um die Mittagszeit in Bühl unterwegs waren: Als ein 52 Jahre alter Passant um 12 Uhr in der Güterstraße am Busbahnhof einen heranfahrenden Streifenwagen bemerkte, hatte er es offenbar eilig, „etwas“ zu Boden fallenzulassen, heißt es im Polizeibericht. Den Beamten war das jedoch nicht entgangen. Sie stoppten und kontrollierten den Mann, neben dem ein angerauchter Joint am Boden lag.

Im Tabaksbeutel des 52-Jährigen fanden die Polizisten zudem noch zwei Marihuana-Blüten.

Neben einer Meldung an die Führerscheinbehörde erwartet den 52-Jährigen nun ein Strafverfahren.

Höchste Priorität für Verbraucherschutz

Beate Böhlen und Tobias Wald sehen im PFC-Skandal Umweltministerium gefordert

Bühl. Inwieweit ist der PFC-Skandal in Mittelbaden beherrschbar, wie sind die bisherigen Maßnahmen zu sehen? Die Sorge um das Trinkwasser treibt Olaf Kasprzyk von den star.Energiewerken in Rastatt um. In einem Brief an das Umweltministerium Baden-Württemberg hat er seine Befürchtungen dargelegt und um Unterstützung gebeten. Dieser Brief ging nachrichtlich auch an die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Baden-Baden/Bühl. Mit Tobias Wald (CDU) und Beate Böhlen (Grüne) sprach dazu unsere Mitarbeiterin Patricia Klatt, die sich seit Sommer 2015 mit dem PFC-Skandal beschäftigt.

Wie sehen sie die Einschätzung von Herrn Kasprzyk, dass das Trinkwasser akut bedroht ist?

Böhlen: Eine akute Gefährdung der Trinkwasserversorgung für Rastatt besteht derzeit nicht. Das abgegebene



BEATE BÖHLEN will alle Möglichkeiten nutzen, damit das Verfahren beschleunigt wird. Foto: Archiv/Lienhard

Trinkwasser hält die geltenden Grenzwerte ein. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist zu erwarten, dass eine möglicherweise relevante PFC-Belastung erst in einigen Jahren die Brunnen im Wasserwerk Ottersdorf erreichen wird. Erste Überlegungen zu Abwehrmaßnahmen haben die Behörden bereits angestellt. Letztendlich bedarf es weiterer Erkenntnisse aus Monitoringprogrammen und Detailuntersuchungen, um zu besseren Abschätzungen des Zeithorizonts, der zu erwartenden Konzentrationen sowie der Wirksamkeit von Abhilfe- beziehungsweise Minderungsmaßnahmen zu kommen. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass sich das zuständige Wasserversorgungsunternehmen mit Verbundleitungen zu anderen Wasserversorgungs-Unternehmen sowie mit Aufbereitungsmöglich-

keiten auseinandersetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringt.

Wald: Höchste Priorität hat immer der Verbraucherschutz. Insofern ist es wichtig, den Experten vor Ort zu vertrauen und auf einen Informations- und Wissensaustausch aller zu setzen. Deshalb muss auch die Forschung in der Problematik schnellstmöglich nach vorne gebracht werden. Es geht immer darum, dass die Gesundheit im Vordergrund steht, weshalb es sinnvoll ist, besonders vorsichtig zu sein.

Das Umweltministerium und die zuständigen unteren Behörden teilen Kasprzyks Auffassung nicht. Bis 2021 ist man jetzt (entsprechend der Altlastenbewertung der LUBW) in der Phase der Detailuntersuchungen. Wie sehen sie diese Zeitvorgaben?

Böhlen: Die Behörden vor Ort und auf Landesebene arbeiten mit Nachdruck, das Gesamtausmaß der Belastung im Boden und im Grundwasser zu erheben und zu bewerten. Erst wenn ausreichende Erkenntnisse zur Gesamtbelastungssituation im Boden und im Grundwasser und deren Entwicklung vorliegen, können Sanierungsvarianten detailliert untersucht und in ihrer Wirksamkeit beurteilt werden. Eine schnelle Abwehr mit einfachen Mitteln ist leider nicht möglich. Alle Möglichkeiten, das Verfahren zu beschleunigen, müssen genutzt werden.

Wald: Aus Sicht des Verbrauchers ist eine Zeitspanne bis 2021 ein langer Zeitraum, doch ist das Thema weniger erforscht, weshalb wiederum ausreichend Zeit benötigt wird, um wissenschaftlich sorgfältige Ergebnisse zu haben. Natürlich gilt immer der Grundsatz, dass der Verbraucherschutz höchste Priorität haben muss.

Bei seinem Vor-Ort-Besuch in Ifzheim hat Minister Hauk deutlich gemacht, dass die Wasserversorger nicht mit Geldern vom Land für die PFC-Sanierung rechnen können, das soll über einen höheren Wasserpreis finanziert werden – wie sehen Sie das?

Böhlen: Die Geschäftsführung der star.Energiewerke hat sich mit Schrei-

ben vom 8. Juli 2016 an das UM gewandt und sich darin auch nach möglichen finanziellen Unterstützungen erkundigt. Die star.Energiewerke wurden darauf hingewiesen, dass die novellierten Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2015 durchaus Möglichkeiten einer Förderung vorsehen. Auch wenn im vorliegenden Fall die maßgebliche Förderschwelle von 5,90 Euro pro Kubikmeter aufgrund des günstigen Wasser- und Abwasserpreises in Rastatt nicht erreicht sein dürfte und Fördertatbestände nach Regelförderung somit nicht möglich sind, könnten Maßnahmen zur Strukturverbesserung der Wasserversorgung beziehungsweise innovative Maßnahmen im Bereich der Trinkwasseraufbereitung unabhängig von der Gebührenerhöhe grundsätzlich gefördert werden. Den star.Energiewerken wurde empfohlen, sich diesbezüglich an das zuständige Regierungspräsidium in Karlsruhe zu wenden. Des Weiteren steht es betroffenen Wasserversorgern frei, in Betracht kommende zivilrechtliche Schadensersatzansprüche gegen die Verursacher der Verunreinigungen zu prüfen und gegebenenfalls geltend zu machen.

Wald: Die Ansicht teile ich. Jedoch möchte ich anmerken, dass die Förderrichtlinie für die Wasserwirtschaft im Jahr 2015 überarbeitet wurde, wodurch sich gegebenenfalls für Wasserversorger durchaus Möglichkeiten finanzieller Unterstützung ergeben könnten. Hier ist das Umweltministerium gefordert.

Gleichzeitig hat Minister Hauk aber den Landwirten Fördermittel des Landes für den Einbau von Aktivkohlefiltern zur Reinigung des PFC-belasteten Wassers in Aussicht gestellt. Begrüßen sie diese Pläne?

Böhlen: Ich begrüße die Pläne sehr und hoffe, dass eine Lösung sehr schnell gefunden wird, die nicht mit den europäischen Förderrichtlinien kollidiert. Denn nur so ist eine Förderung der Landwirte möglich.

Wald: Das Land prüft derzeit die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Investitionsförderung für Landwirte zur Installation von Anlagen zur Reini-



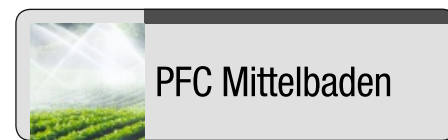
TOBIAS WALD setzt auf einen Informationsaustausch aller Beteiligten. Foto: Archiv/Janke

gung von PFC-haltigem Bewässerungswasser (Aktivkohlefilteranlagen). Wenn diese Aktivkohlefilteranlagen helfen, dann sollte eine Förderung gegeben werden – dies ist klar zu begründen. Denn es ist auch wichtig, dass unbelastetes Wasser zur Bewässerung zur Verfügung steht, um einwandfreie Lebensmittel erzeugen zu können.

Wie stehen sie zu der offensichtlichen Tatsache, dass nicht nur die Landwirte solche Gelder erhalten sollen, die gänzlich unschuldig durch belastetes Beregnungswasser in dieser Situation sind, sondern ebenfalls die Landwirte, die diesen für sie kostenfreien PFC-belasteten Kompost auf ihre Äcker aufgebracht haben?

Böhlen: In erster Linie möchte ich, dass den Landwirten geholfen wird, die seinerzeit keinen kostenlosen, mit Papierschlamm durchsetzten Kompost angenommen, sondern biologisch hochwertigen Kompost gekauft und aufgebracht haben. Aber auch die Landwirte, die mehrere Jahre kostenfrei ihre Felder mit dem Papierschlammkompost düngten, handeln in gutem Glauben. Denn die Ausbringung wurde vom Landwirtschaftsamt erlaubt. Damalige wie heutige Leiterin ist Frau Stief, und der gesetzgebende Minister, damals wie heute, Peter Hauk.

Wald: Meines Erachtens sollten zunächst einmal alle Landwirte gleich behandelt werden, da es juristisch noch nicht geklärt ist, wer und was für die PFC-Belastung verantwortlich ist. Es muss geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, den landwirtschaftlichen Familienbetrieben zu helfen.



PFC-belasteten Kompost auf ihre Äcker aufgebracht haben?

Austausch mit Schülern aus Breslau

Gäste aus Polen in der Bühler Gewerbeschule

Bühl (kkö). Zehn junge Polen aus Wrocław (Breslau) sind seit dem frühen Sonntagmorgen bei Schülern der Gewerbeschule Bühl untergebracht: Es handelt sich um die Zweitauflage eines Schüleraustauschs zwischen dem Technischen Gymnasium und der Elektryczna Zakady Naukowe (EZN), einer dem TG vergleichbaren Schule. Gestern wurden die Gäste, unter ihnen auch die Lehrerinnen Iwona Rajczakowska und Dominika Ciszek, im Bühler Rathaus von Bürgermeister Wolfgang Jokerst begrüßt und mit kleinen Präsenten bedacht. Als Vertreter der Gewerbeschule nahm Konrektor Benedikt Glatt an dem Empfang teil, ebenso Lehrerin Birgit Fritz, die ins Englische dolmetschte.

Jokerst, der sich zunächst augenzwinkernd als „kleineren der zwei Bühler Bürgermeister“ vorstellte, gab einige Hintergrundinfos zum Alten Trausaal und zum Rathaus I (dem Ort des Empfangs). Auch skizzierte er die Infrastruktur der Stadt Bühl. Neben ihrer wirtschaftlichen Zugkraft verstehe sie sich zugleich als Sport-, Kultur- und Schulstadt, betonte er: Rund 6 000

Schüler besuchten die 14 ortsansässigen Schulen. Darüber hinaus pflege man den Kontakt mit verschiedenen Partnerstädten – Frankreich, Spanien, Österreich, Italien und Moldawien seien vertreten, „Polen bisher nicht“.

Europa, befand Jokerst, stecke gerade „ein bisschen in der Krise“, weshalb es besonders wichtig sei, dass „Sie als jüngere Menschen dafür kämpfen, dass das Erreichte nicht wieder zerstört wird.“ Auf seine Nachfrage bekundeten die polnischen Schüler allerdings eher wenig Interesse an der europäischen Politik. Abschließend wünschte der Bürgermeister einen „wunderschönen Aufenthalt“ (dieser endet am Freitag).

Das Wochenprogramm der Austauschschüler gestaltet sich sehr abwechslungsreich, wie Birgit Fritz informierte: Gestern wurde nach einem Ausflug zum Merkurberg die Stadt Baden-Baden besucht, heute lernen die Schüler unter anderem die Werkstätten der Gewerbeschule kennen. Besondere Höhepunkte werden wohl die Fahrten nach Freiburg und Straßburg sein. Obwohl an der EZN neben Englisch auch Deutsch unterricht-



EMPFANG IN BÜHL: Bürgermeister Wolfgang Jokerst (links) begrüßte gestern die am Austauschprogramm beteiligten Schüler und Lehrer; mit im Bild auch Benedikt Glatt, Konrektor der Gewerbeschule (rechts). Foto: König

tet werde, laufe die Kommunikation zwischen Breslauern und Bühlern weitgehend auf Englisch, erzählte Iwona Rajczakowska: Ersten beherrschten die meisten ihrer Schüler Englisch besser als Deutsch, zweitens kämen die am Austauschprogramm beteiligten Lehrerinnen vom Fach Englisch. „Ich und Do-

minika Ciszek werden übrigens von unseren deutschen Kolleginnen beherrscht.“

Dass Grundkenntnisse in der deutschen Sprache vorhanden sind, bewies ein Schüler, der dem Bürgermeister ein Präsent von polnischer Seite mit folgenden Worten überreichte: „Wir sind froh,

hier sein zu können, und haben eine kleine Geschenk für Sie.“ Und vielleicht hilft der Austausch ja, wie von Jokerst erhofft, die Gast Schüler ein wenig stärker für die europäische Idee zu begeistern. Zum Ausflug nach Straßburg zählt jedenfalls auch ein Besuch des Europaparlaments.